

einblick

Gewerkschaftlicher Info-Service — 1. September 2021

Bundestagswahl 2021: Wahlcheck für eine **echt gerechte** Politik



Die nächste Bundesregierung muss auch die Folgen der Corona-Krise managen. Für die Gewerkschaften bedeutet das: Gute und moderne Arbeitsbedingungen, gerechte Finanzierung der Krisen-Folgen, nachhaltiger Klimaschutz, gute (Aus)Bildung, sichere Renten und bezahlbares Wohnen. Der DGB-Wahlcheck macht deutlich, inwiefern die Parteien mit gewerkschaftlichen Standpunkten übereinstimmen.

› DIE ARBEITSWELT FIT MACHEN ◀

Mobiles Arbeiten, Klimaschutz und Digitalisierung – die Corona-Krise hat viele bestehende Trends verstärkt und beschleunigt. Fest steht: Vieles wird bleiben. Jetzt geht es darum, die Arbeitswelt im Sinne der Arbeitnehmer*innen zu regeln. Für den DGB bedeutet das: klare Regeln für die Arbeit im Home Office, die für viele zur neuen Realität gehört, und die digitale Erreichbarkeit. Für Jobs, die über digitale Plattformen vermittelt werden – zum Beispiel Lieferdienste – müssen faire Arbeitsbedingungen gelten.

Damit Beschäftigte ihre Potentiale in der sich wandelnden Arbeitswelt voll entfalten können, braucht es einen Weiterbildungsbonus. Um die Grundlage für gute Arbeit zu legen, braucht es eine stärkere Tarifbindung und einen Mindestlohn in Höhe von 12 Euro in der Stunde. Prekäre Beschäftigung wie Kettenbefristungen gehören abgeschafft.

In einer zunehmend digitalen Arbeitswelt müssen die Grundlagen der betrieblichen Mitbestimmung fit gemacht werden für das 21. Jahrhundert. Der Kündigungsschutz für Beschäftigte, die erstmals einen Betriebsrat gründen wollen, muss verbessert werden. Die Be- oder Verhinderung von Betriebsräten muss schärfer sanktioniert werden.

🔍 AUF EINEN BLICK

Der DGB vergleicht in seinem **Wahlcheck** die Wahlprogramme der Parteien zu acht Themen, darunter Arbeit, Klima, Rente und Mitbestimmung. Das Ergebnis gibt's auf

www.dgb.de/bundestagswahl-2021/wahlcheck

Die Rechte von Betriebsräten müssen ausgeweitet werden und in der digitalen Arbeitswelt brauchen Gewerkschaften auch digitale Zugangsrechte – insbesondere in Betrieben der Plattformökonomie.

› SOZIALE SICHERHEIT STÄRKEN ◀

Viele Beschäftigte sind seit Monaten in Kurzarbeit, Geschäfte mussten schließen – durch Corona plagen viele Menschen existentielle Sorgen. In diesen Zeiten ist es wichtig, dass die sozialen Sicherungssysteme sie auffangen. Die Ausgaben dafür müssen durch ein gerechtes Steuersystem solidarisch finanziert werden. Der DGB hat hierzu detaillierte Vorschläge vorgelegt. Mit den daraus resultierenden Einnahmen soll ein umfangreiches Investitionsprogramm von mindestens 45 Milliarden pro Jahr für die Dauer von zehn Jahren umgesetzt werden. Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden.

Zur sozialen Sicherheit gehört auch eine sichere, gesetzliche Rente: das Rentenniveau soll bei 48 stabilisiert und in einem weiteren Schritt angehoben werden. Das Renteneintrittsalter darf nicht weiter steigen. Langfristig schlägt der DGB vor, die gesetzliche Rente zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwickeln – und in einem ersten Schritt die Selbständigen einbeziehen.

Auch die Pflegeversicherung soll aus Sicht des DGB zu einer Pflegebürgerversicherung weiterentwickelt werden, die alle pflegerischen Kosten abdeckt und die Pflegebedürftigen spürbar entlastet. In der Altenpflege braucht es dringend mehr Geld für die Beschäftigten, um den psychischen und körperlichen Belastungen Rechnung zu tragen.

Immer mehr Menschen können nicht mehr sorgenfrei wohnen. Sie fürchten, die Miete nicht mehr stemmen zu können. Gerade Corona hat diese Ängste verstärkt, denn die Mieten haben keine Pause eingelegt. Um die Lage zu entspannen, fordert der DGB den Bau von 400 000 bezahlbaren Wohnungen pro Jahr, davon ein Viertel Sozialwohnungen. Kommunale Wohnungsgesellschaften sollen gestärkt werden. Spekulationen und Privatisierungen sollen erschwert werden. Zudem muss das Mietrecht gestärkt und die Mietpreisbremse geschärft werden.

› KLIMA UND LEBENS-GRUNDLAGEN SCHÜTZEN ◀

Die Auswirkungen des Klimawandels – mit Extremwettern wie Starkregen, Überflutungen und Waldbränden – werden auch in Deutschland immer spürbarer. Der DGB und die Gewerkschaften setzen sich dafür ein, den Klimaschutz sozial gerecht zu gestalten und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Der soziale und ökologische Wandel muss Verbesserungen für Umwelt und Menschen bringen: Dafür müssen bestehende Wirtschaftsstrukturen klimaneutral umgebaut werden. Beschäftigte, deren Arbeitsplätze sich dadurch wandeln, müssen umfassend qualifiziert werden.

Der DGB schlägt einen Transformationsfonds und Klimaschutzverträge vor. Erneuerbare Energien sollen beschleunigt ausgebaut und eine Wasserstoff-Wirtschaft aufgebaut werden. In den Regionen sollen Transformationsräte eingerichtet werden, um eine proaktive, regionale Strukturpolitik zu begleiten.